

Beschluss des Landesvorstandes

9. Januar 2012



Bundeswehrreform: Angemessene Entscheidung für Bundesland Bremen

Die Bundeswehr steht vor der größten Reform seit ihrer Gründung im Jahr 1955. Innerhalb der geplanten Bundeswehrreform plant der Bundesminister der Verteidigung, Thomas de Maizière, das Schließen von verschiedenen Standorten im gesamten Bundesgebiet.

Der FDP-Landesverband Bremen befürwortet diesen Schritt als zwingend notwendig.

Ein Ministerium muss sich an den Notwendigkeiten seiner Aufgaben orientieren. Vor dem Hintergrund der neuen militärischen Herausforderungen, weg von der Landesverteidigung hin zur Einsatzarmee, bedarf es effizienterer Strukturen, um komplexer werdende Einsätze erfüllen zu können. Diese sind durch eine breite ineffiziente Streuung der Einheiten und Verbände über das Bundesgebiet nicht gegeben. Gerade in den Einsätzen müssen sich verschiedene Truppengattungen gut vernetzen und schon im Vorfeld gemeinsam gearbeitet haben.

Daneben stellt die Abschaffung der Wehrpflicht eine weitere Herausforderung dar. Die Personalgewinnung ist ein zentraler Punkt der anstehenden Reformen. Neben der Vergütung und den Ausbildungsmöglichkeiten wird in Zukunft auch die Attraktivität des Lebensumfeldes der Soldaten eine Rolle spielen. Bei sinkenden Jahrgangszahlen konkurriert die Bundeswehr mit den großen Arbeitgebern in Deutschland. Diese wählen Standorte, an denen eine gewisse Lebensqualität erreicht wird. Ob dieser Anspruch in Kleinstandorten erfüllt werden kann ist fraglich. Die Bundeswehr muss sich daher an den Wünschen ihres Personals orientieren und sich auf attraktive Metropolregionen konzentrieren.

Nicht zuletzt hat sich das Ministerium an seinem Haushalt zu orientieren. Dieser muss dazu genutzt werden die Truppen mit dem nötigen Arbeits- und Wehrmaterial, sowie, natürlich den Umständen entsprechend angemessen, möglichst angenehme Arbeitsumgebungen und Unterkünfte zu versorgen. Das Ziel muss nämlich sein einen bestmöglichen Schutz von Leben und Gesundheit sicherzustellen, ebenso wie eine möglichst effiziente Unterstützung bei anfallenden Aufgaben über die Kampfeinsätze hinaus. Dabei darf aber der Komfort, um die Attraktivität des Berufs wegen, nicht all zu kurz kommen. Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen für die Kommunen dürfen daher bei der Wahl von Truppenstandorten nur eine untergeordnete Rolle spielen. Sollten Regionen durch den Abzug von Einheiten unter einer aus eigener Kraft unüberwindbaren Strukturschwäche leiden, bedarf es des Engagement anderer Ministerien und Behörden von Bund und Ländern. Denn hier sind langfristige Strategien zur wirtschaftlichen Unterstützung gemeinsam mit den betroffenen Kommunen zu entwickeln und umzusetzen, was nicht in den Aufgabenbereich des Bundesministeriums der Verteidigung fällt.

Der FDP-Landesverband begrüßt den Erhalt des Landeskommandos Bremen sowie der Marineortungsschule Bremerhaven als eine der Bedeutung des Bundeslandes im Rahmen des Stationierungskonzepts angemessene Entscheidung. Der SPD-geführte Senat ist nun in der Pflicht, die zivil-militärische Zusammenarbeit für Aufgaben des Katastrophenschutzes neu zu überdenken und eine stimmige Konzeption vorzulegen.